

Karlsruhe, im September 2007

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgaben finden Sie Informationen über die Aktivitäten der SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten. Einmal mehr war die Frage des Umbaus des Wildparkstadions ein beherrschendes Thema. Besonders erfreulich aus SPD-Sicht war die eindrucksvolle Wiederwahl von Harald Denecken als Bürgermeister.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion grüßen Sie herzlich



Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

SPD gratuliert Harald Denecken



Stimmen konnte er 43 Ja-Stimmen auf sich vereinigen

Ein überwältigend gutes Wahlergebnis erreichte Harald Denecken (SPD) bei seiner Wiederwahl als Bürgermeister im Karlsruher Gemeinderat am 17. Juli 2007. Von den insgesamt 46 abgegebenen

bei zwei Enthaltungen und einer ungültigen Stimme. Dieses Wahlergebnis ist ein eindrucksvoller Beleg für die parteiübergreifende Beliebtheit des SPD-Politikers im Gemeinderat und Ausdruck seiner großen Popularität in der Bevölkerung. Denecken bleibt nun für zwei weitere Jahre Dezernent für Soziales, Schule, Sport, Senioren und Integration.

Die SPD-Fraktion (im Bild die Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger) gratuliert Harald Denecken und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

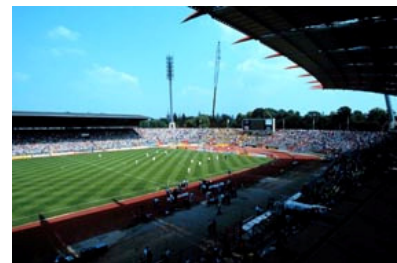
SPD kritisiert Wildpark-Alleingänge des OB

Alleingänge können sowohl im Fußball als auch in der Politik von Erfolg gekrönt sein. Die Alleingänge von OB Fenrich beim Thema Stadionumbau sind es nicht! Im Gegenteil: Seine Mitspieler, die Gemeinderäte, hat er ausgebremst, indem er ihnen das Zuspielen des Balles verweigert, spricht sie nicht eingebunden und informiert hat. Zweimal ist der OB mit Vorschlägen zur Finanzierung des Stadions alleine vorgeprescht, ohne die Fraktionsvertreter und den zuständigen Sportbürgermeister im Vorfeld damit zu befassen. Am 17. Juli hat er dem KSC drei Vorschläge unterbreitet auf dabei die Gründung einer Betriebsgesellschaft, die noch beim Grundsatzbeschluss zum Umbau des Stadions im Februar von fast allen Fraktion und vom ihm selbst für nicht verhandelbar angesehen wurde, zur Disposition gestellt. Nach dem erfolgreichen Spiel gegen den VfB Stuttgart am 2. September überraschte er Freund und Feind mit einem mit KSC-Präsident Raase angeblich erzielten Durchbruch.

Die Folge war, dass viele Zeitungen, auch überregionale, titelten: „KSC und Stadt einigen sich über Finanzierung des Stadionumbaus“.

Nur: Die Gemeinderatsfraktionen wussten von nichts. Sie sollten jedoch nachträglich in der Wildparkkommission informiert werden. Als Begründung für seine Alleingänge führt der OB an, dass anderenfalls die Öffentlichkeit zu früh Wind bekommen hätte. Diese Begründung ist einfach abenteuerlich. Damit die Öffentlichkeit nichts erfährt, werden die Gemeindevertreter übergangen!

Die SPD ruft den OB auf, endlich wieder zum Mannschaftsspiel zurückzukehren!



SPD verteidigt RDK-Entscheidung



In der Sitzung im Juni hat der Gemeinderat der geplanten Erweiterung des Rheinlanddampfkraftwerkes (RDK) zugestimmt. Im Vorfeld haben viele Karlsruhe-

ruherinnen und Karlsruher sich zur dieser Thematik geäußert, auch mit Briefen und e-mails an die SPD-Fraktion. Hier möchten wir die Gelegenheit nutzen, unsere Argumente für unsere Zustimmung zur RDK-Erweiterung darzulegen:

Zunächst muss festgestellt werden, dass im Juni nur über folgendes entschieden wurde:

1. Einleitungs- und Auslegungsbeschluss eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Fettweisstraße gem. §3 Abs. 2 des Baugesetzbuches und
2. die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes.

Beide Beschlüsse schaffen somit erst die Voraussetzung zur Beteiligung der Öffentlichkeit, deren Einwendungen und Bedenken im Rahmen dieser Verfahren bei Stadt und Regierungspräsidium vorgebracht werden können. Und erst nach Durchführung des zweitgenannten Verfahrens wird man abschließend beurteilen können, welche Belastungen das Projekt für den Rhein und die Luft in Karlsruhe mit sich bringt und ob dies verantwortbar ist oder nicht. **Die SPD-Fraktion wird über ihr Verhalten zum Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan deshalb auch erst nach Vorliegen aller Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungen entscheiden.**

Allerdings gibt es neben den nicht zu vernachlässigenden industriepolitischen Argumenten, die für das Vorhaben sprechen, auch ökologische Argumente. **Denn es handelt sich bei dem geplanten Neubau nicht um einen Zubau an stromerzeugender Kapazität, sondern um einen Ersatzbau.** Mit Inbetriebnahme des neuen werden alte fossile Kraftwerke mit etwas höherer Gesamtleistung vom Netz genommen. Damit ist, da moderne Technik wesentlich effizienter ist, der Wirkungsgrad höher und somit die pro Kilowattstunde erzeugten Strom emittierte Kohlenstoffdioxidmenge geringer. Dass dies nicht in Karlsruhe, sondern an anderen Standorten geschieht, ist bei der globalen Klimaproblematik ohne Belang.

Darüber hinaus ist es nicht gerade seriös, die in Karlsruhe ausgestoßenen CO₂-Mengen absolut zu betrachten – vielmehr müssen die für die in Karlsruhe verbrauchten Strommengen freigesetzten CO₂-Volumina auf der Basis der jetzigen Erzeugung mit der künftigen verglichen werden – unabhängig davon, wo sie stattfinden.

Bleibt das Argument, ein Neubau verringert die Chance zum schnellst möglichen Ausstieg aus der Kohletechnologie. Nun ist kein Bürger gezwungen, solchen Strom zu kaufen. Es gibt jede Menge Anbieter von Ökostrom. Auch die Stadtwerke bieten ihn an. Und das Einsparen von Strom sowie energieeffiziente Geräte ohne stand-by sind Kaufentscheidungen des mündigen Bürgers, auf den auch die SPD setzt.

Alles in allem ist die SPD deshalb der Auffassung, dass es besser ist, mit moderner statt veralteter Technik Strom zu produzieren und hat deshalb den beiden genannten Verfahrensschritten zugestimmt.

Erbpacht-Streit: SPD setzt sich für Betroffene ein

Rund 70 Betroffene aus der Nordweststadt, Neureut-Kirchfeld und Durlach, die gegen den Verkauf landeseigener Erbpachtgrundstücke kämpfen, folgten Ende Juli



einer Einladung der SPD. Thema der Veranstaltung war die Ankündigung des Landes, dass die Pächter ihre Grundstücke kurzfristig vom Land zu kaufen hätten oder diese würden an einen

privaten Investor veräußert. Gleichzeitig wurde den Betroffenen angedroht, dass ihr Vertrag nach Ablauf der Erpacht-Laufzeit nicht verlängert wird. Die Nordweststädter sind bereits in der Bürgerinitiative Binsenschlauch organisiert. Ihnen geht es vordringlich darum, den in ca. 15-20 Jahren auslaufenden Erpachtvertrag mit dem Land zu verlängern. Um den Druck auf das Land zu

erhöhen, eine einvernehmliche Lösung zu finden, schlug die stellv. Fraktionsvorsitzende Angela Geiger vor, dass die Pächter aus den drei Stadtteilen eine Dachinitiative gründen. Dieser Vorschlag wurde im Anschluss an das Gespräch durch die Moderation des SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Stober, der sich seit Monaten um das Thema Erbpacht kümmert, in die Tat umgesetzt. Darüber hinaus wurde eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen.

Die SPD sicherte den Betroffenen ihre Unterstützung dort zu, wo die Stadt Einfluss nehmen kann, z. B. bei Bebauungsplänen. Auf einen Antrag der SPD für die Gemeinderatssitzung am 25. September antwortete die Verwaltung, dass die Stadt grundsätzlich die Erbpachtverträge des Landes übernehmen kann. Eine Bereitschaft dies auch zu tun, ist allerdings nicht ersichtlich. Die SPD-Fraktion sowie der Landtagsabgeordnete Johannes Stober werden im Interesse der Betroffenen weiter an diesem Thema dranbleiben.

SPD vor Ort in Wettersbach

Es ist gute Tradition der SPD-Gemeinderatsfraktion vor Ort in den Karlsruher Stadtteilen mit Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern über die dortigen Probleme und deren Lösungen zu diskutieren. Am 17. September war die SPD-Fraktion in Wettersbach vor Ort. Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger und der Vorsitzende der SPD-Wettersbach, Horst Weiland, konnten zahlreiche Vertreter Wettersbacher Vereine sowie Bürgerinnen und Bürger begrüßen. Als erstes wurde die Ortsmitte im Bereich „Lindenplatz“/ehem. Gasthaus „Sonne“ besichtigt. Zur sicheren Überquerung der Ortsdurchgangsstraße soll, so der Vorsitzende der SPD-Ortschaftsratsfraktion Peter Hepperle, ein Fußgängerüberweg mit Bedarfsampel eingerichtet werden. Viele Fußgänger, darunter allein 150 Personen, die täglich die nahe Apotheke besuchen, brauchen diese sichere Überquerungshilfe. Die Gemeinderatsfraktion versprach Unterstützung.

Brandaktuell war die Besichtigung des Festplatzes auf dem ein Seniorenzentrum mit 27 seniorengerechten Wohnungen und 30 Pflegeplätzen entstehen soll. Der Bedarf im Stadtteil sei sehr groß, erläuterte der Wettersbacher Ortsvorsteher Rainer Frank (siehe Foto).



Bei der anschließenden Diskussion im Musikraum der Carl-Benz-Schule wurde heftig über die geplante Schließung des Wettersbacher Hallenbades im Zuge der Fertigstellung des Neuen Freizeitbades an der Europahalle diskutiert. Doris Baitinger wies darauf hin, dass schon vor geraumer Zeit ein Antrag der SPD, das Wettersbacher Bad nach dem Vorbild des Grötzingener Bades in ein Gruppenbad für Vereins- und Schulschwimmen umzuwandeln, im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden hat. Ortsvorsteher Frank führte aus, dass das Bad am 4. Februar 2008 für die Öffentlichkeit geschlossen werde; das Schulschwimmen könne dagegen noch bis Ende des Schuljahres fortgeführt werden. Erfreulich war der Bericht von Schulleiter Wolfgang Vetter über die Situation der Grund- und Hauptschule.

SPD setzt Verbesserungen bei Altpapiersammlung durch

In einem Antrag hatte die SPD-Fraktion gefordert, dass in Stadtteilen, in denen die Abstände zwischen Altpapiersammlungen mehr als vier Wochen sind, das Amt für Abfallwirtschaft mit den für die Sammlung verantwortlichen Vereinen und Kirchengemeinden kürzere Sammelabstände vereinbart. Die Verwaltung antwortete positiv, wie folgt: „In Stadtteilen mit überlangen Sammelintervallen werden die örtlich Aktiven vom Amt für Abfallwirtschaft um eine Verdichtung des Sammeltakts gebeten. Sollte dies nicht fruchten, werden in einem zweiten Schritt alle Altpapiersammler auf gefordert, eine „Patenschaft“ für eines oder mehrere der betroffenen Gebiete zu übernehmen.“

Darüber hinaus wurde zugesagt, die Bürgerinnen und Bürger besser über die Sammeltermine zu informieren und auf alle sammelnden Organisationen dahin gehend einzuwirken, dass auf den von ihnen verteilten Handzetteln zusätzlich das Datum der jeweils nachfolgenden Sammlung(en) vermerkt wird.

Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, weiter Solidarität mit den Vereinen zu zeigen und ihr Altpapier zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt im Interesse der von den Sammlungen profitierenden Vereinsjugend, sondern auch im Interesse stabiler Gebühren sollte auf die blaue Tonne verzichtet werden.

SPD will keine Schulkinder zweiter Klasse

Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist der Auffassung, dass es in ganz Deutschland und insbesondere in Karlsruhe keine „Schulkinder zweiter Klasse“ geben darf. Deshalb



bedarf es finanzieller Hilfen für Hartz-IV-Empfänger bzw. einkommensschwache Familien, um diese in die Lage zu versetzen, ihren Kindern die notwendige Schulausrüstung wie Ranzen, Füller, Hefte und Turnbeutel kaufen zu können. **Ein kommunaler Schulhilfefonds, wie von anderen Städten bereits praktiziert, könnte hier die Lösung sein.** So gewährt die

Stadt Oldenburg 50 Euro pro Schulkind und Schuljahr und die Stadt Chemnitz 25 Euro. In Osnabrück gibt es 50 Euro zum Beginn des 1., 5. und 11. Schuljahres.

Die Herstellung gleicher Zukunftschancen für unsere Kinder ist ein Garant für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Hierzu gehört, dass die Ausbildung unserer Kinder nicht bereits durch eine mangelnde Ausstattung an Schulsachen behindert und erschwert wird. **Deshalb hat jetzt die SPD in einem Antrag gefordert, dass dem Gemeinderat ein Konzept für die Einrichtung eines Schulhilfefonds vorgelegt wird.**

Die SPD weist allerdings darauf hin, dass es originär Sache des Bundesgesetzgebers ist Regelungen zu finden, die die Existenz von Schulkindern zweiter Klasse verhindern helfen. § 23 Abs. 3 Nr. 3 SGB II sieht ausdrücklich eine gesonderte Übernahme der Kosten einer mehrtägigen Klassenfahrt als einmalige Leistung vor. Nach gleichem Muster könnte die notwendige Ausstattung für Schulmaterialien übernommen werden. Gegenwärtige Überlegungen auf Bundesebene über Nachbesserungen bei Hartz-IV sind mit Spannung abzuwarten.

VERSCHIEDENES

■ SPD für Verbesserungen bei Karte ab 60

Der Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) bietet für Senioren die „Karte ab 60“ an. Sie kann nur für ein ganzes Jahr für einen Preis von 354 Euro erworben werden (monatliche Zahlung möglich). Das bedeutet, dass man eine Jahreskarte kaufen muss, auch wenn man nur wenige Monate das ÖPNV-Angebot nutzen möchte. Generell ist diese Regelung nicht zu beanstanden, da nur so der Vorzugspreis für Senioren gewährleistet werden kann. Für Hartz IV-Empfänger und andere einkommensschwache Personen ist dies jedoch eine unzumutbare Regelung. Deshalb hat die SPD beantragt, dass von Hartz IV-Empfängern und anderen einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern, die zum berechtigten Personenkreis ab 60 Jahre gehören, die „Karte ab 60“ auch monatsweise erworben werden kann.



■ SPD will Auskunft zu Fluglärm

Zuletzt vor zwei Jahren hatte die SPD-Fraktion eine Anfrage zum zunehmenden Fluglärm über Karlsruhe gestellt. Seit dem erreichen uns immer wieder Beschwerden von Karlsruher Bürgerinnen und Bürger insbesondere dahingehend, dass der Flugverkehr zugenommen hat und die Mindestflughöhen über bewohntem Gebiet nicht eingehalten werden. Da die Flugkorridore/Routen über dem Bundesgebiet neu aufgeteilt wurden, könnten sich gravierende Änderungen ergeben haben, die es zu untersuchen gilt. Deshalb hat die SPD beantragt:

1. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat bezüglich ziviler Flugbewegungen über Karlsruhe eine vergleichende Betrachtung der Zahlen von 2005 und 2007 im Sinne einer Entwicklungsbetrachtung vor.
2. Die Stadtverwaltung fordert die Flugsicherung auf, die Zahl der Flüge über Karlsruhe unter 3000 Meter nicht nur an einem Tag, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg zu überprüfen. Dabei sollen Angaben gemacht werden, wie viele Flüge unter 500 Meter, unter 1000 Meter, unter 2000 Meter und unter 3000 Meter stattfanden. Über die Ergebnisse wird der Gemeinderat informiert.
3. Die Stadtverwaltung informiert den Gemeinderat über die zeitliche Verteilung (Uhrzeit) der Anflüge auf die Regionalflughäfen Baden-Airpark und Lahr.

■ SPD fordert Zoo-Zeitplan ein

Die SPD hat in einem Antrag Auskunft über den Zeitplan der im Zuge des Zoo-Umbaus notwendigen Baumaßnahmen eingefordert. Die wichtigsten Antworten der Stadtverwaltung sind:

Mit dem zweiten und dritten Bauabschnitt des Lebensraumes Wasser (Seelöwen, Seehunde und Pinguine) wird im Februar 2008 begonnen werden. Mit der Eröffnung der Gesamtanlage ist im Juli 2009 zu rechnen.



Baubeginn der Schneeleopardenanlage wird im Februar 2008 sein. Ebenso sollen die Neubauten der Stallungen für Huftiere der Afrikasavanne als auch der Bau der Flamingofreianlage im Februar 2008 erfolgen.

■ SPD: „Das Fest“ muss bleiben wie es ist

Auch 2007 war „Das Fest“ wieder ein voller Erfolg. Diese Großveranstaltung ist und bleibt ein wichtiger Imagefaktor für unsere Stadt. Deshalb hatte die SPD-Fraktion noch Ende Juli einen Antrag gestellt, der die Verwaltung aufgefordert hat, in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendausschuss Vorschläge zur Zukunft des Festes auszuarbeiten



Im Antrag hatte die SPD gefordert, dass unabhängig in welcher konkreten Form das Fest in 2008 weitergeführt wird, es am jetzigen Ort in der Günther-Klotz-Anlage stattfinden muss und der Charakter eines Familienfestes nicht angetastet werden darf. Darüber hinaus kommt eine Kommerzialisierung, d.h. ein Eintrittsgeld nicht in Frage.

Die Vorlage für die Gemeinderatssitzung am 25. September berücksichtigt die Forderungen der SPD. Das Fest 2008 ist damit gesichert!

■ SPD für barrierefreie öffentliche Gebäude

Der barrierefreie Zugang öffentlicher Gebäude ist der SPD zusammen mit dem Behindertenbeirat seit vielen Jahren ein großes Anliegen. Im Masterplan 2015 ist auf Vorschlag der SPD die Zielsetzung enthalten, dass bis 2015 alle öffentlichen Gebäude in Karlsruhe barrierefrei sein sollen. Die Fraktion hat jetzt die Stadtverwaltung per Antrag aufgefordert, einen Zeitplan vorzulegen, wie bis 2015 alle öffentlichen Gebäude (darunter auch diejenigen des Landes) barrierefrei zugänglich gemacht werden.

